



#SICHERHEIT #DB #POLITIK 13. Februar 2026

„Keine Ausreden mehr“: EVG fordert sofortige Maßnahmen für mehr Sicherheit

Mit eindringlichen Worten hat der EVG-Vorsitzende Martin Burkert auf dem Sicherheitsgipfel am Freitag bei der DB AG entschlossenes politisches Handeln gefordert. Nur so kann die Sicherheit von Beschäftigten im öffentlichen Verkehr deutlich verbessert werden. Anlass war der gewaltsame Tod des Kollegen Serkan Çalar, der bundesweit für Bestürzung gesorgt hat.



„185.000 Eisenbahnerinnen und Eisenbahner, Busfahrerinnen und Busfahrer sind seit dem 4. Februar geschockt und in tiefer Trauer“, so Burkert. Aus dieser Trauer sei jedoch Wut geworden - Wut darüber, dass „Warnsignale seit

Jahren ignoriert werden“ und Gewalt im öffentlichen Verkehr „längst zum Alltag geworden ist und niemand ernsthaft handelt“.

Bereits 2024 hatte die EVG über 4.000 Beschäftigte im Kundenkontakt befragt. Das Ergebnis sei „beschämend“ und zugleich „ein Skandal“:

82 Prozent der Befragten berichteten von Anfeindungen, Bedrohungen oder Übergriffen im Arbeitsalltag. „Und trotzdem musste erst ein Mensch sterben, damit wir endlich über die Sicherheit unserer Kolleginnen und Kollegen sprechen“, betont Burkert.

„Handeln Sie jetzt.“

Die Beschäftigten erwarteten keine weiteren Prüfaufträge oder Ankündigungen: „Sie erwarten Entscheidungen. Deshalb richte ich eine klare Botschaft an die politisch Verantwortlichen: Handeln Sie jetzt. Ohne Kommissionen. Ohne jahrelange Prüfverfahren. Ohne Ausreden.“

Der EVG-Vorsitzende stellte drei Sofortmaßnahmen vor, die aus Sicht der EVG umgehend umgesetzt werden müssen:

1. Kein Alleindienst im direkten Kundenkontakt – in allen Zügen und Bahnhöfen!

„Kein Kollege und keine Kollegin darf allein auf dem Zug unterwegs sein. Immer. Nicht nur auf Risikostrecken.“ Sicherheit dürfe nicht dem Ausschreibungswettbewerb und dessen Preisdruck geopfert werden. „Wer das Prinzip ‚Billig‘ über das Prinzip ‚Sicher‘ stellt, gefährdet Beschäftigte und Fahrgäste.“

2. Bodycams – freiwillig, flächendeckend und mit Ton

Alle Beschäftigten im Kundenkontakt müssten die Möglichkeit erhalten, Bodycams freiwillig einzusetzen – branchenweit und inklusive Tonaufzeichnung. „Halbe Lösungen helfen niemandem.“

3. Besonderer strafrechtlicher Schutz

Die EVG fordert einen klaren gesetzlichen Schutz analog zu bestehenden Regelungen für andere Berufsgruppen im öffentlichen Dienst. „Wer Beschäftigte im öffentlichen Dienst angreift, greift den Rechtsstaat an.“

Die drei Maßnahmen seien kein Wunschzettel, sondern notwendig, um Beschäftigte und Fahrgäste effektiv zu schützen. „Sie haben es heute in der Hand, dass auf den Tod von Serkan Çalar mehr folgt als Betroffenheit.“ Burkert betonte abschließend: „Unsere Kolleginnen und Kollegen halten den

Verkehr aufrecht – trotz Personalmangel, trotz Belastung, trotz zunehmender Aggression. Sie verdienen Respekt. Und Respekt zeigt sich nicht in Worten. Respekt zeigt sich im Handeln.“

Downloads

 Die Rede als Download

(PDF, 1.55 MB, Wird in neuem Fenster/Tab geöffnet.)

(/fileadmin/user_upload/26-02-13-

EVG_Sicherheitsgipfel_Rede_Martin_Burkert_130226.pdf)